

ADAC: HU-Fristenverkürzung erhöht Verkehrssicherheit nicht

Aktuelle Unfallstatistiken belegen, dass technische Pannen in weniger als einem Prozent die Ursache für Unfälle sind – unabhängig von Alter und Laufleistung der Fahrzeuge. Dennoch wird im federführenden EU-Parlamentsausschuss in dieser Woche über kürzere Fristen für die technische Hauptuntersuchung (HU) abgestimmt. Der ADAC positioniert sich klar gegen diese „drohende Bevormundung aus Brüssel, die jeglicher fachlichen Logik und Sinnhaftigkeit entbehrt“.

Als Vorschlag steht auf europäischer Ebene derzeit im Raum, dass eine HU jährlich durchgeführt werden muss, wenn das Auto entweder älter als sieben Jahre oder mehr als 160 000 Kilometer gelaufen ist. Die jährlichen Mehrkosten allein für die deutschen Autofahrer lägen nach ADAC-Berechnungen bei 630 Millionen Euro pro Jahr. Profitieren würden davon allein die technischen Prüfdienste. Der Nutzen für die Verkehrssicherheit: wäre gleich Null. Dieses habe der Automobilclub auch in einer Studie mit der Verkehrsunfallforschung der Technischen Universität Dresden nachgewiesen.

Darüber hinaus lehnt der ADAC die Wiedereinführung einer obligatorischen Abgasmessung bei Diesel-Pkw mit On-Board-Diagnose-System als unnötig ab. OBD-Systeme überwachen das Abgasverhalten während des laufenden Betriebs permanent und zeigen auftretende Fehler durch Aufleuchten einer Warnlampe an. Zusätzlich werden Störungen im Abgassystem in einem Fehlerspeicher abgelegt. Diese können mit einem Diagnosegerät über eine genormte Schnittstelle ausgelesen werden und machen so eine zusätzliche Abgasmessung überflüssig. Durch die Pläne müssten Halter von mit OBD ausgestatteten Fahrzeugen mit Mehrkosten von insgesamt 23 Millionen Euro pro Jahr rechnen. (ampnet/jri)